

Kernpunkte 9

September 2013 / Kurzdokumentation zur Kernenergiediskussion: Tatsachen und Argumente

Bundesrat verabschiedet Botschaft zur Energiestrategie 2050, ...

Der Bundesrat hat am 4. September 2013 die Botschaft zum ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 verabschiedet und dem Parlament zur Beratung überwiesen. Ziel ist der etappenweise Umbau der Schweizer Energieversorgung bis 2050 insbesondere durch die Senkung des Energieverbrauchs und den zeitgerechten, wirtschaftlich tragbaren Ausbau der erneuerbaren Energien. Zur Umsetzung des ersten Massnahmenpakets der Energiestrategie 2050 sind eine Totalrevision des Energiegesetzes sowie Anpassungen in weiteren neun Bundesgesetzen nötig. Mit der Revision des Kernenergiegesetzes (KEG) wird verankert, dass keine Rahmenbewilligungen zum Bau neuer Kernkraftwerke oder zu Änderungen bestehender Kernkraftwerke mehr erteilt werden dürfen. Zudem wird das bestehende Moratorium für die Wiederaufarbeitung ausgedienter Brennelemente im Ausland im KEG neu durch ein Verbot abgelöst. Der Bundesrat rechnet bis 2050 mit jährlich 4,7 Milliarden Franken für die Erneuerung und den Betrieb der bestehenden sowie für neue Kraftwerke. Bis 2050 fallen zudem 18 Milliarden Franken für den Um- und Ausbau der Stromnetze an. Für den Bundesrat ist die Energiestrategie 2050 ein indirekter Genvorschlag zur Atomausstiegsinitiative der Grünen Partei.

Redaktion:

M.-F. Aepli, B. Bechtold,
M. Brugger, M. Rey,
M. Schorer, D. Stebler

Nuklearforum Schweiz
Postfach 1021
3000 Bern 14
Telefon 031 560 36 50
Telefax 031 560 36 59
info@nuklearforum.ch
www.nuklearforum.ch

Erscheint 12-mal jährlich
ISSN 1421-0347

© 2013 by Nuklearforum Schweiz

ebenfalls der Ansicht, dass der Bundesrat in seiner Botschaft zu sehr auf Staatsdirigismus und Subventionswirtschaft setzt. Sie fordert wie bereits zuvor ein Gesamtpaket zur Energiestrategie 2050, über welches das Volk entscheiden soll. Für die Christlich-Demokratische Volkspartei Schweiz (CVP) ist die Energiestrategie 2050 ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung, die Versorgungssicherheit müsse dabei oberste Priorität haben. Die Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz (BDP) ist sich hingegen sicher, dass die Ziele der Energiestrategie 2050 nur mit einer entsprechenden Steuerreform, die ab 2020 konsequent eingeleitet werden soll, langfristig und wirtschaftlich zu erreichen sind. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) und die Grüne Partei hingegen begrüßen die Stossrichtung der Energiestrategie 2050.

... und von Verbänden

Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse bezeichnet die vom Bundesrat verabschiedete Botschaft zur Energiestrategie 2050 als einen «nur kleinen Schritt» in die richtige Richtung. Die Abkehr von überambitionierten Zielen für die nächsten 40 Jahre und die stärkere Ausrichtung der Energiepolitik am Markt sei aus Sicht der Wirtschaft positiv, in der parlamentarischen Beratung müssen jedoch noch verschiedene Verbesserungen angegangen werden. Der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) – die Dachorganisation der Schweizer KMU-Wirtschaft – unterstützt die Stossrichtung der Energiestrategie 2050, die Schweiz energieeffizienter und nachhaltiger zu machen. Die verstärkte Ausrichtung der Schweiz auf einen effizienten Umgang mit Energie sowie auf nachhaltige Formen der Energieproduktion eröffne insbesondere den KMU grosse Chancen. Es müsse jedoch konsequent auf marktwirtschaftliche Instrumente gesetzt werden. Auch der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) begrüßt die Botschaft des Bundesrates. Die vorgeschlagenen

... erste Reaktionen der Parteien ...

Die Schweizer Parteien reagieren empört bis zufrieden auf die Botschaft zur Energiestrategie 2050. Laut der Schweizerischen Volkspartei (SVP) ist die durch den Bundesrat verabschiedete Botschaft zur Energiestrategie 2050 «geprägt durch ein wildes Sammelsurium von staatlichen Eingriffen, Zwangsmassnahmen, Abgaben und Gebühren, welche neben der Wirtschaft insbesondere den Mittelstand regelrecht ausbluten werden». Die FDP (Die Liberalen Schweiz) ist

Gesetzesänderungen seien jedoch noch zu ergänzen. Notwendig seien insbesondere eine Gesamtbetrachtung anstelle isolierter Einzelmaßnahmen und klare Rahmenbedingungen für Marktlösungen.

Vernehmlassung Jodtabletten-Verordnung beendet

Jodtabletten sollen aus Sicht des Bundes neu auch in der Zone 3 direkt abgegeben werden. In den Zonen 1 und 2 (bis zu einem Umkreis von 20 km um die schweizerischen Kernkraftwerke) wurden die Tabletten 2004 an alle Haushalte und Organisationen abgegeben. In der Zone 3 (übrige Schweiz) wurden die Jodtabletten in den Kantonen dezentral verteilt und eingelagert. Die Kantone mussten bisher in der Zone 3 in der Lage sein, die Tabletten innerhalb von 12 Stunden ab Anordnung an die Bevölkerung abzugeben. Eine Überprüfung der Verteilkonzepte zeigte jedoch, dass viele Kantone die Tabletten nicht zeitgerecht verteilen können. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) arbeitete deshalb eine Verordnungsänderung aus und schickte diese in die Vernehmlassung, die bis Ende August 2013 dauerte. Die Betreiber der Schweizer Kernkraftwerke halten die Änderung nicht für notwendig. Die heutige Regelung sei angemessen und entspreche der internationalen Praxis.

Erste Planungsstudie für Platzierung der Oberflächenanlage eines geologischen Tiefenlagers

In jeder der sechs vorgeschlagenen Standortregionen für geologische Tiefenlager in der Schweiz muss mindestens ein Standortareal für die Oberflächenanlage bezeichnet und dazu eine Planungsstudie erarbeitet werden. Sie beschreibt eine mögliche Anordnung, Ausgestaltung und Erschliessung der Anlage. Für das Standortgebiet Wellenberg liegt nun die erste dieser Planungsstudien vor. Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) hat sie am 5. September 2013 an einer Versammlung der «Plattform Wellenberg» vorgestellt. Die Planungsstudien der fünf weiteren Standortregionen Jura Ost, Jura-Südfuss, Nördlich Lägern, Südranden und Zürich Nordost werden laut Nagra in den kommenden Monaten präsentiert.

Oberflächenanlagen eines geologischen Tiefenlagers auch in Gewässerschutz-zonen möglich

Im November 2012 beauftragte das Bundesamt für Energie (BFE) die Nagra, in einem Bericht darzulegen, wie der Schutz von Mensch und Umwelt bei einer Oberflächenanlage eines geologischen Tiefenlagers sichergestellt werden könne. Laut Nagra ist der sichere Bau und Betrieb einer solchen Anlage gewährleistet, «sofern ein geeigneter Standort und eine geeignete Auslegung der Anlage und der Betriebsabläufe gewählt werden». Eine Oberflächenanlage stelle somit auch in einem Gewässerschutzbereich keine besondere Gefährdung für das Grundwasser dar und sei damit grundsätzlich bewilligungsfähig. Das Zwischenlager Würenlingen (Zwilag) beispielsweise steht auch in einer Gewässerschutzzone. Die Bundesbehörden beurteilen die Schlussfolgerungen der Nagra als «plausibel».

Klimawandel als grösste Sorge der Schweizerinnen und Schweizer

Die Schweizer Rückversicherungsgesellschaft Swiss Re hat eine Meinungsumfrage in 19 Ländern zur Risikowahrnehmung durchgeführt. Die Befragten mussten zum Themenkreis «Gesamtrisiken» aus neun vorgegebenen Risiken zwei auswählen, die sie für ihr Land gegenwärtig als wesentlichste Risikofelder betrachten. Dabei liessen sich grosse Unterschiede feststellen. In Frankreich und den USA wurde eine Wirtschaftskrise klar als grösste Bedrohung angegeben. In Ländern wie Südafrika, Mexiko oder Brasilien war dagegen die Kriminalität die Hauptsorge, in China der Klimawandel und in Deutschland sowie Japan die Überalterung der Bevölkerung. In der Schweiz lagen der Klimawandel (43%) und die Altersvorsorge (42%) an der Spitze. Diese Anteile lagen höher als im weltweiten Durchschnitt. Demgegenüber wurden wirtschaftliche Risiken, Kriminalität beziehungsweise Terrorismus und soziale Unruhen in der Schweiz weniger häufig genannt. Das Risiko von Kernkraftwerksunfällen oder anderen weitreichenden Unfällen beurteilten nur knapp 13% der in der Schweiz Befragten als gross. Der Prozentsatz betrug in Japan 33%, in Deutschland 13%, in Frankreich 9%, in den USA 8%, in Grossbritannien 6% und in China 5%.

Die «Kernpunkte» können Sie auch als elektronischen Newsletter unter www.nuklearforum.ch bestellen.